

# Newsletter

## Tirol-Büro Brüssel



### Themen in dieser Ausgabe

#### Thema der Woche

- **Rechtsstaatlichkeit: Kommission verklagt Polen vor dem Europäischen Gerichtshof** 2

#### Neues aus den Institutionen

##### Europäische Kommission

- **Mehrwertsteuerbetrug: Mitgliedstaaten entgehen Einnahmen von rund 150 Mrd. EUR** 3
- **Ausschreibung European Digital Skills** 3
- **Umgehung von EU-Zöllen: Kommission geht gegen das Vereinigte Königreich** 4
- **EU und Vereinten Nationen machen sich für Multilateralismus stark** 4
- **Jahresbericht über Waldbrände in Europa** 5

##### Europäisches Parlament

- **EU-BürgerInnen für mehr gemeinsame Maßnahme der EU** 6

##### Ausschuss der Regionen

- **Unterstützung der Integration auf lokaler Ebene als Schlüsselement der EU-Migrationspolitik** 7

##### Sonstiges

- **Welttourismustag unter dem Motto Tourismus und kultureller Schutz** 8

Laufende Konsultationen	9
Tagesordnungen der Institutionen	10
Impressum	10

Gemeinsame Vertretung der  
Europaregion Tirol-Südtirol-  
Trentino bei der EU

*Tirol-Büro Brüssel  
Rue de Pascale 45-47  
B-1040 Brüssel*

*Tel.: 0032 2 743 27 00  
Fax: 0032 2 742 09 80  
E-Mail: [info@alpeuregio.eu](mailto:info@alpeuregio.eu)*



# Thema der Woche

## Rechtsstaatlichkeit: Kommission verklagt Polen vor dem Europäischen Gerichtshof

**Die EU-Kommission sieht die richterliche Unabhängigkeit des Obersten Gerichts in großer Gefahr. Dies stellt einen schweren und nicht wiedergutzumachenden Schaden für die Rechtsordnung der EU dar.**

Das in Frage stehende Gesetz wird das Pensionsalter für Richter am Obersten Gericht von aktuell 70 Jahren auf 65 Jahre herabsetzen. Dadurch könnten 27 der derzeit 72 amtierenden Richter zwangsweise in den Ruhestand geschickt werden. Zwar gibt es für betroffene Richter die Möglichkeit, eine Verlängerung ihrer Amtszeit beim Präsidenten der Republik zu beantragen, jedoch gibt es keine klaren Kriterien für dessen Entscheidung und eine Ablehnung kann nicht gerichtlich geprüft werden. Es gibt nur eine einzige Rechtsschutzmöglichkeit, nämlich eine nicht bindende Konsultation des Landesrats für Gerichtswesen, dessen Zusammensetzung jedoch nicht mehr den europäischen Standards für die Unabhängigkeit der Justiz entspricht.

Die Europäische Kommission hält daran fest, dass das polnische Gesetz über das Oberste Gericht gegen EU-Recht verstößt, da es den Grundsatz der richterlichen Unabhängigkeit und insbesondere auch der Unabsetzbarkeit von Richtern untergräbt. Die rechtlichen Bedenken der Kommission wurden durch die Stellungnahme der polnischen Regierung nicht

ausgeräumt. Derzeit wird die Umsetzung der umstrittenen Pensionsregelung für Richter am Obersten Gericht sogar beschleunigt. Dadurch besteht die Gefahr eines schweren und nicht wiedergutzumachenden Schadens für die richterliche Unabhängigkeit in Polen und damit für die Rechtsordnung der EU. Die Unabhängigkeit der nationalen Gerichte ist für das Funktionieren der justiziellen Zusammenarbeit zwischen den EU-Mitgliedstaaten von grundlegender Bedeutung.

Aus diesen Gründen hat die Kommission beschlossen, die nächste Stufe des Vertragsverletzungsverfahrens einzuleiten und den Gerichtshof der EU anzurufen. Gleichzeitig ersucht die Kommission den Gerichtshof um einstweilige Anordnungen, mit denen am Obersten Gericht Polens die Lage wiederhergestellt wird, die vor dem Erlass der umstrittenen neuen Gesetze bestanden hat. Außerdem hat die Kommission beschlossen, beim Gerichtshof ein beschleunigtes Verfahren zu beantragen, um so bald wie möglich eine rechtskräftige Entscheidung zu erwirken.

[Mehr Informationen](#)



# Europäische Kommission

## Mehrwertsteuerbetrug: Mitgliedstaaten entgehen Einnahmen von rund 150 Mrd. EUR

**Mit Hilfe einer Reform soll gegen den Mehrwertsteuerbetrug vorgegangen werden. Die Kommission fordert diesbezüglich eine rasche Einigung der Mitgliedstaaten.**

Einer Studie der Europäischen Kommission zufolge entgingen den EU-Mitgliedstaaten im Jahr 2016 Mehrwertsteuereinnahmen in Höhe von fast 150 Mrd. EUR. Die sogenannte Mehrwertsteuerlücke entspricht der Differenz zwischen den erwarteten und den tatsächlich erzielten Mehrwertsteuereinnahmen. Zwar hätten die Mitgliedstaaten viel getan, um diese Lücke zu schließen, doch zeigten die vorliegenden Zahlen, dass eine Reform des derzeitigen EU-Mehrwertsteuersystems notwendig sei. Zudem müsse es eine bessere Zusammenarbeit auf EU-Ebene geben, damit den Mitgliedstaaten diese Einnahmen in vollem Umfang zur Verfügung stünden.

Nominal ist die Mehrwertsteuerlücke im Jahr 2016 um 10,5 Mrd. EUR gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen. Zwischen den Ländern gibt es

nach wie vor große Unterschiede. In 22 Mitgliedstaaten hat sich die Mehrwertsteuerlücke verringert, in Rumänien, Finnland, dem Vereinigten Königreich, Irland, Estland und Frankreich ist die Lücke jedoch größer geworden.

Zwar wären große Fortschritte bei der Verbesserung der Mehrwertsteuererhebung und der Steuerverwaltung auf EU-Ebene erzielt worden, doch sollten sich die Mitgliedstaaten so bald wie möglich auf die viel weiter reichende Reform einigen, die die Kommission im letzten Jahr vorgeschlagen hatte. Dieser Neustart würde für Regierungen und Unternehmen gleichermaßen eine Verbesserung sowie Modernisierung darstellen.

[Mehr Informationen](#)

## Ausschreibung European Digital Skills

**Bis zum 21. Oktober haben EU-BürgerInnen die Möglichkeit, an einem Projektwettbewerb zur Entwicklung von digitalen Kompetenzen teilzunehmen.**

Digital qualifizierte BürgerInnen und Arbeitskräfte sind entscheidend, um die europäische Wettbewerbsfähigkeit zu steigern und eine integrative, digitale Gesellschaft zu fördern. Aus diesem Grund ist die EU stetig bestrebt, die Fähigkeit der EuropäerInnen in der Nutzung digitaler Technologien, zu steigern. Das Projekt „European Digital Skills Awards“ ist Teil dieser Strategie.

Dabei werden Projekte gesucht, die die digitalen Fähigkeiten an Schulen, an Arbeitsplätzen, von ITK-Spezialisten, von Mädchen und Frauen und in der Gesellschaft im Allgemeinen verbessert

haben. Insbesondere wird nach Erfolgsgeschichten gesucht, die vergrößert und in anderen Städten, Regionen, Ländern und Branchen repliziert werden können. Die Awards werden von der EU-Digitalkommissarin Mariya Gabriel am 6. Dezember präsentiert. Die GewinnerInnen werden von einer unabhängigen Jury bestimmt und können ihre Projekte anschließend bei der ICT 2018 Konferenz in Wien ausstellen.

Eine Anmeldung ist unter folgendem [Link](#) möglich.

[Mehr Informationen](#)

[Zum Inhaltsverzeichnis](#)



# Europäische Kommission

## Umgehung von EU-Zöllen: Kommission geht gegen das Vereinigte Königreich vor

**Britische Importeure von Schuhen und Kleidung aus China haben EU-Zölle in Höhe von 2,7 Mrd. EUR umgangen. Auf Initiative von Haushaltskommissar Oettinger geht die Europäische Kommission deshalb weiter gegen das Vereinigte Königreich vor.**

Bereits im März dieses Jahres hatte die Kommission ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet. Auslöser war ein Bericht des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung (OLAF) von 2017, aus dem hervorging, dass Importeure im Vereinigten Königreich einen großen Betrag an Zöllen umgangen hatten. Sie hatten bei der Einfuhr fiktive und gefälschte Rechnungen sowie falsche Zollwertanmeldungen verwendet. Weitere Kommissionskontrollen bestätigten das Ausmaß derartiger Betrügereien, die zwischen 2011 und 2017 über britische Häfen vorgenommen wurden. Das Vereinigte Königreich wurde bereits 2007 über die Betrugsrisiken im Zusammenhang mit der Einfuhr von Bekleidung und Schuhen aus China informiert und gleichzeitig dazu aufgefordert,

angemessene Risikokontrollmaßnahmen zu treffen. Jedoch hat das Land keine wirksamen Maßnahmen getroffen, um den Betrug zu verhindern.

Nach Berechnungen der Kommission führte der Verstoß des Vereinigten Königreichs gegen das EU-Recht zu Verlusten für den EU-Haushalt in Höhe von 2,7 Mrd. EUR (zuzüglich Zinsen und abzüglich der Erhebungskosten) im Zeitraum von November 2011 bis Oktober 2017. Zudem verstieß das Vereinigte Königreich gegen die EU-Mehrwertsteuervorschriften, was möglicherweise zusätzliche Verluste für den EU-Haushalt bedeutet.

[Mehr Informationen](#)

## EU und Vereinte Nationen machen sich für Multilateralismus stark

**Kommissionspräsident Juncker und die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Federica Mogherini, verständigten sich mit UN-Generalsekretär António Guterres auf eine engere Zusammenarbeit zur Stärkung des Multilateralismus.**

Am Rande der 73. Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York sprachen sich beide Seiten für die Neubelebung einer starken Zusammenarbeit aus. „Wir sind hier, um zu sagen, dass der multilaterale Ansatz nicht tot ist, sondern beibehalten werden muss - er ist die einzige Chance, die Zukunft der Welt in einer für alle Beteiligten akzeptablen Weise zu gestalten“, erklärte Juncker bestimmt.

Im Anschluss an das Treffen kamen die EU-Spitzen und der Generalsekretär der Vereinten Nationen mit dem Vorsitzenden der Afrikanischen Union Moussa Faki Mahamat zusammen, um über weitere gemeinsame Maßnahmen zur Bewältigung der globalen Herausforderungen zu beraten.

[Mehr Informationen](#)



# Europäische Kommission

## Jahresbericht über Waldbrände in Europa

**Verstärkte Präventionsbemühungen sind erforderlich, um die wachsende Gefahr künftiger Vegetationsbrände einzudämmen.**

Der jüngsten Bericht der Kommission über Waldbrände zeigt deutlich, dass gegen den Klimawandel vorgegangen werden muss, um künftigen Generationen einen gesünderen Planeten zu hinterlassen. Dies hatte auch Präsident Jean-Claude Juncker in seiner jüngsten Rede zur Lage der Union betont. In dem Bericht werden strengere Maßnahmen zur Verhütung von Vegetationsbränden gefordert.

Vegetationsbrände haben 2017 in Europa über 1,2 Millionen Hektar Wald und Land zerstört. Das entspricht einer Fläche größer als Zypern. Dabei kamen 127 Menschen – darunter ZivilistInnen und Feuerwehrleute – ums Leben. Die Brände haben auch einen wirtschaftlichen Schaden von fast 10 Mrd. EUR verursacht.

Der Bericht zeigt zudem einen klaren Trend zu einer längeren Brandsaison, die deutlich über die heißen, trockenen Sommermonate hinausgeht. 2017 waren die kritischsten Monate Juni und Oktober, als tödliche Waldbrände in Portugal

und Nordspanien wüteten. Die meisten Vegetationsbrände wurden 2017 durch menschliches Handeln verursacht. Nicht nachhaltige Waldbewirtschaftung und die Verschlechterung der Ökosysteme fördern das Entstehen sowie die Ausbreitung von Bränden. Zudem stellt das Anpflanzen sehr leicht entflammbarer Baumarten ein Risiko dar.

Prävention ist daher von zentraler Bedeutung für die Verringerung solcher Brände. Adäquate Waldbewirtschaftung und Bodennutzungsmethoden können das Brandrisiko senken und Wälder widerstandsfähiger gegen Brände machen. Zudem sollen Sensibilisierungsmaßnahmen und Schulungen für örtliche Gemeinschaften, Entscheider in der Politik und wichtige Akteure auf den Ernstfall besser vorbereiten.

[Mehr Informationen](#)



# Europäisches Parlament

## EU-BürgerInnen für mehr gemeinsame Maßnahmen der EU

**Die neueste Eurobarometer-Umfrage zeigt, dass der Großteil der BürgerInnen nicht „weniger Europa“ möchte. Im Gegenteil, die EU solle in einigen Bereichen sogar stärker tätig werden.**

Die aktuellen Umfragen des Eurobarometer ergaben, dass immer mehr Menschen mit der Arbeit der EU in den Bereichen Sicherheit, Arbeitsplätze und Umwelt zufrieden sind. Europaweit wünschen sich mehr als drei Viertel der Befragten ein verstärktes Handeln der EU in den Bereichen Terrorismus, Arbeitslosigkeit und der Umweltschutz. Diese Themen stehen seit 2016 konstant an der Spitze, gefolgt vom Kampf gegen Steuerhinterziehung (74 %), Verbreitung von Frieden und Demokratie (73 %) und Migration (72 %).

Des Weiteren spricht sich eine klare Mehrheit für eine gemeinsame Außenpolitik aus. Darüber

hinaus wünschen sich die Befragten, dass sich die EU besser koordinieren soll und so um dem steigenden Einfluss Russlands und Chinas zu begegnen. Dies gilt auch gegenüber der Präsidentschaft von Donald Trump

Die Umfrage ergab auch, dass eine Zustimmung zu einem Europa der zwei Geschwindigkeiten in 23 der 28 Mitgliedstaaten gesunken sei. Jedoch ist immer noch zirka die Hälfte für ein solches Vorgehen, allen voran die Niederlande, Deutschland und Belgien.

[Mehr Informationen](#)



# Ausschuss der Regionen

## Unterstützung der Integration auf lokaler Ebene als Schlüsselement der EU-Migrationspolitik

**Der Ausschuss der Regionen tagte vergangene Woche in Athen. Dabei wurde abermals auf die Schlüsselrolle der lokalen und regionalen Behörden bei der Aufnahme und Integration von MigrantInnen verwiesen.**

Die teilnehmende PolitikerInnen diskutierten zunächst den jüngsten Vorschlag der Europäischen Kommission für einen Asyl- und Migrationsfonds für den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen der EU. Die lokalen und regionalen PolitikerInnen aus den EU-Mitgliedstaaten äußerten sich besorgt über die mangelnde Unterstützung von Integrationsmaßnahmen auf lokaler und regionaler Ebene.

"Die Mitgliedstaaten sollten ermutigt werden, einen Teil ihrer Programmuweisungen zur Finanzierung von Integrationsmaßnahmen zu verwenden, die von Städten, Regionen und der Zivilgesellschaft durchgeführt werden, sowie von Maßnahmen zur Entwicklung von Programmen zur unterstützten freiwilligen Rückkehr und Wiedereingliederung und wirksamen Alternativen zur Inhaftierung", so der Generalberichterstatter Bossman. EU-Migrationskommissar Dimitris Avramopoulos wies auch

darauf hin, dass die lokalen Gemeinschaften mehr Mittel benötigten, um vor Ort effizienter sein zu können.

Die Konferenz konzentrierte sich zudem auf die Sicherheitswahrnehmung der europäischen BürgerInnen, die insbesondere in den Mitgliedstaaten, die kürzlich von Terroranschlägen heimgesucht wurden, zurückgegangen ist. Georgios Patoulis, Präsident der Zentralunion der Gemeinden Griechenlands, schloss: "Es ist von entscheidender Bedeutung, das Sicherheitsgefühl der Bürger zu stärken, ohne jedoch ihre individuellen Rechte und persönlichen Freiheiten zu beeinträchtigen. Wir müssen gemeinsam den goldenen Schnitt finden und das notwendige Gleichgewicht zum Wohle der Bürger wahren."

[Mehr Informationen](#)



# Sonstiges

## Welttourismustag unter dem Motto **Tourismus und kultureller Schutz**

**Der Welttourismustag ist eine jährliche Feier der transformativen und kreativen Kraft des Tourismus.**

Im Kontext der Europäischen Union wird der Welttourismustag von der Europäischen Tourismusakademie organisiert und traditionell in der Hauptstadt gefeiert, die als „weltweit bestes Tourismusziel des Jahres“ ausgezeichnet wurde. In diesem Jahr werden die offiziellen Feierlichkeiten daher in Phnom Penh, der Hauptstadt von Kambodscha begangen.

Das Thema des Welttourismustages 2018 lautet Tourismus und kultureller Schutz. Ziel der Feierlichkeiten ist es, die Wichtigkeit des Tourismus für die Internationale Gemeinschaft zu zeigen, sowie die positiven Auswirkungen für Gesellschaft, Kultur, Politik und Wirtschaft zu verdeutlichen.

[Mehr Informationen](#)





# Laufende Konsultationen

Die Europäische Kommission bietet eine Reihe an Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung. [Öffentliche Konsultationen](#) ermöglichen es Ihnen, sich während verschiedener Phasen des Beschlussfassungsverfahrens zu EU-Strategien zu äußern. Die neuesten der laufenden Konsultationen finden Sie in der folgenden Liste.

[Öffentliche Konsultation zur Bewertung des Beschlusses Nr. 573/2014/EU über die verstärkte Zusammenarbeit zwischen den öffentlichen Arbeitsverwaltungen](#)

Beschäftigung und Soziales

20. September 2018 – 13. Dezember 2018

[Evaluation der Spielzeugsicherheitsrichtlinie](#)

Binnenmarkt

19. September 2018 – 12. Dezember 2018



## Europäische Kommission

Die Tagesordnung der wöchentlichen Sitzung der Europäischen Kommission finden Sie [hier](#).

## Europäisches Parlament

Den Entwurf der Tagesordnung finden Sie [hier](#).

Den Video-Stream der letzten Plenarsitzung finden Sie [hier](#).

## Rat der Europäischen Union

Die aktuellen Ratssitzungen finden Sie [hier](#).

## Europäischer Gerichtshof

Zum Kalender des Europäischen Gerichtshofs für die folgende Woche gelangen Sie [hier](#).

## Ausschuss der Regionen

Zum Sitzungskalender des AdR gelangen Sie [hier](#).

## Stellenausschreibungen

Zu den laufenden Stellenausschreibungen in der EU gelangen Sie [hier](#).

## EU-Bookshop

Interessante Veröffentlichungen aus der EU finden Sie [hier](#).

---

## Impressum

Gemeinsame Vertretung der Europaregion Tirol -

Südtirol - Trentino bei der EU

Land Tirol

Rue de Pascale 45-47

B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00

Fax: 0032 2 742 09 80

E-Mail: [info@alpeuregio.eu](mailto:info@alpeuregio.eu)

Homepage: [www.alpeuregio.org](http://www.alpeuregio.org)

Redaktion und Bearbeitung:

Direktor Mag. Dr. Richard Seeber

Sonja Greussing